Niederschrift

über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 07.03.2017, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Ralf-Udo Krapp	Vertretung für Bürgermeister

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Margot Grüterich
Bernd-Eric Hoffmann
Rosemarie Kötter
Arnold Müller
Elisabeth Pech-Büttner
Udo Schäfer
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Christian Viebach

Beratende Mitglieder

Dr. Axel Michalides

Vertreter

Annette Pizzato	Vertretung für Frau Jutta Eifer

Vertreter (beratende Mitglieder)

Klaus Haselhoff	Vertretung für Herrn Thomas Lorenz

Schriftführerin

Tanja Kettler-Grabert

es fehlen:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ausschussmitglieder

Jutta Eifer

Beratende Mitglieder

Thomas Lorenz

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses am 06.12.2016 (öffentlicher Teil)	
2.	Änderung der Hauptsatzung	BV/0432/2017
3.	Änderung des Stellenplans	BV/0433/2017
4.	Rahmenvertrag für Büromöbel	BV/0434/2017
5.	Mitteilungen und Fragen	

Herr Krapp eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Krapp auf drei Tischvorlagen zu TOP 2 hin (1 Antrag Bündnis 90 die Grünen, 2 Anträge AL). Zudem fragt er ab, ob zu einem der Tagesordnungspunkte Befangenheit eines Ausschussmitgliedes vorliegt. Dies ist nicht der Fall

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses am 06.12.2016 (öffentlicher Teil)

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Änderung der Hauptsatzung BV/0432/2017

Herr Ebbinghaus begründet die eingereichten Anträge und betont, dass durch den Erlass des Beschlusses durch den Landtag NRW ein Missverhältnis entstanden ist.
Die Resolution soll eine Plattform bieten, sich gegen diesen Beschluss zu wehren.
Auf die Frage seitens Herrn Stark, ob diese Resolution einem Aufstand diene, bejaht Herr Ebbinghaus. Er führt hierzu aus, dass man hiermit die Gelegenheit geben möchte, ggf. seine ehrliche Meinung zu äußern.

Herr Stark betont, dass es so etwas in dieser Form noch nicht gegeben habe und es lebensfremd sei, ein frisch erlassenes Gesetz anzufechten. Die Resolution sei entbehrlich, es sei eine einstimmige Abstimmung erfolgt. Dieses Gesetz sei erst nach jahrelanger Beratung unter Einbeziehung der Kommunen zustande gekommen. Somit sei es nicht nachvollziehbar, dass es nun ein Gesetz gegen die Kommunen sein soll. Die SPD-Fraktion kann diese Resolution nicht mittragen.

Auch Frau Pech-Büttner macht deutlich, dass man die Resolution nicht mittragen werde. Sie erklärt, dass sie auch nicht mit allem einverstanden sei. Aber letztlich sei bereits seit 2015 klar, dass hier eine Entscheidung anstehe und dementsprechend hätte genügend Zeit zur Verfügung gestanden, dagegen zu sein.

Herr Dr. Michalides führ hierzu aus, dass er für ihn die Resolution verständlich sei.

Bezug nehmend auf die Äußerung von Herrn Stark, dass die Kommunen mit einbezogen wurden, möchte Frau Pizzato von Herrn Nipken wissen, ob die hiermit verbundenen Kosten im Haushalt mit eingerechnet wurden. Herr Nipken verneint dies.

Die Frage seitens Herr Viebach, ob die Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete im Haushalt berücksichtigt wurden, beantwortet Herr Nipken mit Ja.

Zum Antrag Bündnis 90 die Grünen führt Frau Pech-Büttner aus, dass durch ein Gutachten gestützt die Kommunen das Recht haben, Ausschüsse abzuschaffen. Der Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen tagt nur einmal im Jahr, in Relation zu anderen Ausschüssen sei dies eindeutig zu wenig.

Der Ausschuss Demographie sei neu, es stelle sich aber auch hier für sie so dar, dass auch dieser Ausschuss zu wenig tagt. Zum Rechnungsprüfungsausschuss führt sie aus, dass laut Aussage des Gutachters dieser auch nicht zwingend erforderlich sei, wenn er nur Kernaufgaben übernimmt. Zudem sei bislang ein großes Hauptthema Wülfing gewesen, welches sich ja schon bald erledigt hat. Sie rät dazu für jeden Ausschuss im Einzelnen abzustimmen.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass zuerst eine Reihenfolge der Anträge festgelegt werden muss. Außerdem ist er der Meinung, dass hierzu bei allen Ausschussvorsitzenden bei der Abstimmung Befangenheit vorliege.
Herr Nipken verneint dies und weist auf § 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung hin, in dem genau aufgeführt ist, wann Befangenheit vorliege und wann nicht.

Man einigt sich darauf, dass zuerst die Anträge der AL -vorab die Resolution- und dann über den Antrag seitens Bündnis 90 die Grünen entschieden wird.

Zum Antrag der Bündnis 90 die Grünen macht Herr Ebbinghaus deutlich, dass die Sitzungshäufigkeit ein Augenblicksmerkmal sei. Man müsse dieses Häufigkeitsmerkmal im Auge behalten und möchte hier eine allgemeinere Formulierung.

Herr Busch möchte wissen, wie der Aufwand eines Ausschussvorsitzenden an der Anzahl der Sitzungen festgelegt werden kann. Es sei viel mehr Arbeit um die Sitzungen herum.
Wie zum Beispiel für den Ausschuss Demographie sehr viel Vorarbeit nötig gewesen wäre. Entscheidend sei der Inhalt der Sitzung, nicht die Anzahl. Auch der Rechnungsprüfungsausschuss sei sehr arbeitsintensiv im Vergleich zum Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen. Herr Busch stellt für die CDU-Fraktion den weitergehenden Antrag aus dem Antrag der Verwaltung den Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen auszunehmen.

Auf den Kommentar seitens Herrn Hoffmann, dass es ungefähr sei, dass die Kommunen entscheiden sollen, welcher Ausschuss ausgenommen wird, erwidert Herr Ullmann, dass er dies richtig findet.

Herr Stark macht deutlich, dass er sich nicht an den Verfahrensfragen beteiligt und führt Bezug nehmend auf die Ausführungen seitens Herrn Hoffmann aus, dass der Rat hierzu verpflichtet sei. Er spricht sich gegen den Antrag der AL für ein festes Regelwerk aus, da gerade der Demographieausschuss sehr wichtig sei. Ergänzend fügt er hinzu, dass ein neu definierter Ausschuss nicht oft tagt, aber der Vorsitzende viel Hintergrundarbeit erledige. Er ist der Ansicht, dass man den Aufbau, die Arbeit und Verantwortlichkeit nur dann verstehe, wenn man es selbst mal gemacht hat. Er widerspricht auch dem Antrag Bündnis 90 die Grünen und schließt sich dem Antrag der CDU an – in dem Bewusstsein, dass der Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen auch wieder benötigt werden könnte.

Frau Pech-Büttner nimmt den Antrag Bündnis 90 die Grünen im Hinblick auf den Antrag der Verwaltung bzw. der CDU-Fraktion zurück.

Frau Pizzato bittet darum, TOP 2 zu splitten und es wird folgendes für die Abstimmung festlegen:

- Zuerst Abstimmung AL-Antrag Resolution, dann
- Abstimmung AL-Antrag Ausnahmeregelung für Aufwandsentschädigung
- Abstimmung CDU-Antrag entsprechend Verwaltungsantrag nur bezogen auf § 10 Abs. 5 – mit der Einschränkung, dass diese Regelung nicht für den Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen gilt
- Zuletzt der restliche Verwaltungsantrag ohne § 10 Abs. 5

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Änderung der Hauptsatzung wie in § 10 Abs. 5 aufgeführt mit Ausnahme des Ausschusses Eigenbetriebe und Beteiligungen zu beschließen.

Der Haupt –und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Änderungen der Hauptsatzung mit Ausnahme von § 10 Abs. 5 zu beschließen.

Antrag AL / Resolution

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(1 AL, 1 FDP, 1 fraktionslos)
	13 Nein-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne)
	1 Enthaltungen	(Pro Deutschland)

Antrag AL

Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen	(1 AL, 1 fraktionslos)
	14 Nein-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 Pro Deutschland)
	1 Enthaltungen	(1 FDP)

Antrag Verwaltung § 10 Abs. 5 ohne AEB

Abstimmungsergebnis:	14 Ja-Stimmen	(6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 Pro Deutschland)
	0 Nein-Stimmen	
	3 Enthaltungen	(1 AL, 1 FDP, 1 fraktionslos)

Antrag Verwaltung Gesamt ohne § 10 Abs. 5

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Änderung des Stellenplans BV/0433/2017

Hier liegen keine Wortmeldungen vor und es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Erhöhung im Stellenplan der Tarifbeschäftigten um 1,5 Stellen in der Entgeltgruppe S 8 a zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Rahmenvertrag für Büromöbel BV/0434/2017

Herr Dr. Michalides möchte zu diesem Punkt wissen, ob überhaupt ausgeschrieben werden muss. Frau Schmidt bejaht dies, da es so im Rat beschlossen wurde.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass er Rahmenverträge problematisch sehe und bittet Herrn Nipken, ob die Verwaltung die Möglichkeit hat, sich bei Kopack zu beteiligen.
Auf die Frag seitens Frau Pizzato, warum überhaupt Rahmenverträge geschlossen werden müssen, erklärt Herr Nipken, dass eine Gleichhaltung der Büros, als auch die Lieferung gewährleistet sein muss.

Herr Stark schlägt vor, dass man alle Möbel auch über den Knastladen kaufen kann, somit entfallen Ausschreibungen und Rahmenverräge.
Herr Haselhoff stimmt dem zu.

Herr Nipken führt hierzu aus, dass man bei der Anschaffung immer einen Beschluss benötige.

Man einigt sich darauf, dass dieser Punkt zurückgestellt wird.

5. Mitteilungen und Fragen

Beschluss:
Frau Pech-Büttner nimmt Bezug auf die Rückzahlungen von bis zu 6 Mio. Euro der Landschaftsverbandsumlage. Im Rheinisch Bergischen Kreis seien diese bereits in die Kommunen zurück geflossen. Sie möchte wissen, wie dies für den Oberbergischen Kreis aussieht.
Herr Nipken erklärt, dass der Kreiskämmerer am morgigen Tag da sei und hierzu eine Information der Niederschrift beigefügt werden kann.

Außerdem möchte Frau Pech-Büttner wissen, wann der Mehrzweckraum WLAN bekommt.
Herr Schulte bemerkt, dass es im Mehrzweckraum WLAN aus der Stadtbücherei gibt, hierzu benötige man lediglich einen Code zu Anmeldung.

Herr Ullmann stellt fest, dass es im Vorfeld zum Haupt- und Finanzausschuss einen Mailverkehr mit Informationen zum Ausschuss gegeben haben muss, die er nicht bekommen hat. Er betont, dass alle Ausschussmitglieder solche Informationen erhalten müssen.
Die Verwaltung stimmt dem zu und wird dies zukünftig berücksichtigen.

Auf die Fragen seitens Herrn Müller nach dem Stand der Elektrofahrzeuge und Förderung dieser in der Verwaltung antwortet Frau Schmidt ihm, dass dies im Leasingbereich nicht umzusetzen ist. Im technischen Bereich muss es noch erfragt werden. Sie wird hierzu im Rat noch einmal eine Information geben.

Ende öffentlicher Teil

Ralf-Udo Krapp
Vorsitzender

Tanja Kettler-Grabert
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter